

Niederschrift

zur 19. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

| Sitzungsdatum | Sitzungsdauer | Sitzungsort |
|----------------------------|------------------|------------------------|
| Donnerstag, den 13.10.2016 | 18:32- 20:28 Uhr | Festsaal Altes Rathaus |

Anwesenheit

Vorsitz

CDU-Fraktion

Karin Lehmann,

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom, Stephan Wende Vertretung für Frau Monika Fiedler,

CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christina Krüger, Anja Miethke,

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach Vertretung für Frau Katja Dost, Elke Wagner,

FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Heinz Almes, Jutta Bargenda, Susanne Rabe, Klaus Runge,

Verwaltung

Bürgermeister Hans-Ulrich Hengst, Fachbereichsleiterin Bürgerdienste Frau Meister, Gleichstellungsbeauftragte und verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit Frau Trilling, Betriebsleiterin des Sport- und Freizeiteinrichtungen Frau Müller, Fachgruppenleiter für Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, die Stadtjugendpflegerin Frau Hirsch und die Integrationsmanagerin Frau Hoffmann, Frau Stein fürs Protokoll,

Gäste

Agentur Allegro-Event Herr Liebsch, Sachgebietsleiterin des Jugendamtes des LOS Frau Christiani, Frau Jenning für die MOZ, Herr Ulbrich für den Spreeboten, sowie insgesamt 13 weitere BürgerInnen,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler,

SPD-Fraktion

Katja Dost,

Sachkundige BürgerInnen

Ines Walden, Corinna Weser.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind 10 von 11 stimmberechtigte Mitglieder des Fachausschusses anwesend. Für Frau Fiedler ist Herr Wende anwesend und für Frau Dost Herr Sarrach. Für die Fraktion DIE LINKE ist die sachkundige Bürgerin Frau Bargenda, für die BFZ Herr Almes, für die SPD-Fraktion Herr Runge und für die FDP-Fraktion Frau Rabe anwesend.

Nachdem die Vorsitzende die Anwesenheit festgestellt hat, kommt Herr Aulich von der AfD hinzu.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende TO, in der Fassung vom 11.10.2016, wird einstimmig festgestellt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung vom 08.09.2016

Frau Radom hat festgestellt, dass der sachkundige Einwohner Herr Thomas Apitz in der Anwesenheit der Niederschrift nicht aufgeführt ist, obwohl er anwesend war. Der Hinweis wird aufgenommen.

Zustimmung mit Änderung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

keine

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Vorstellung der neuen Stadtjugendpflegerin Frau Hirsch

Frau Hirsch ist seit dem 01. September 2016 die Stadtjugendpflegerin der Stadt Fürstenwalde/Spree. Sie ist 30 Jahre alt und studierte Sozialpädagogin/Sozialmanagerin. Bisher war sie bei freien Trägern im Sozialraum Ahrensfelde angestellt. Eine große Rolle in ihrem Wirken war und ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Frau Hirsch beabsichtigt, an den vorhandenen Strukturen anzuknüpfen und diese weiter zu entwickeln.

TOP 7.2 Informationen zur Parkbühne (BE: Herr Liebsch)

In einem Brief an die Stadtverordneten hat **Herr Ricardo Liebsch** das letzte Jahr ausgewertet und positive Bilanz gezogen, sich bei allen beteiligten Partner für ihre Unterstützung bedankt und eine Vorschau auf das Jahr 2017 gegeben. Gleichzeitig kritisierte er aber auch die städtische Kulturförderung. (Der Brief liegt den Anwesenden vor und wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

TOP 7.3 Thema Integration - Bericht der Integrationsmanagerin Frau Hoffmann zum aktuellen Arbeitsstand

Frau Hoffmann, Ansprechpartnerin für Integration, berichtet über die Schwerpunkte in den ersten Monaten, über grundsätzliche Ziele und die sich daraus ergebenden Handlungsfelder und Aufgaben. Grundlage für das Integrationsmanagement, war zunächst die Kontaktaufnahme und das gegenseitige Bekanntmachen mit den verschiedenen Ansprechpartnern beim LOS und bei den freien Trägern. Gleichzeitig war der Unterstützungsbedarf zu ermitteln, um gemeinsam kooperieren zu können.

Durch die veränderte Nutzung des öffentlichen Raums, gerade in den Frühlings- und Sommermonaten, kam es vermehrt zu Anzeigen der Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die Bürger und Bürgerinnen zeigten sich beunruhigt. So wurde eine Runde mit der Polizei, Verfassungsschutz und Landeskriminalamt einberufen, in der über die Sicherheitslage in Fürstenwalde aufgeklärt und Absprachen zum gemeinsamen Umgang getroffen wurden. Für die Gemeinschaftsunterkünfte wurde gemeinsam mit dem LOS ein Sanktionskatalog abgestimmt, wo geregelt ist, was mit Bewohnern passiert, die die Regeln verletzen (z. B. Hausordnung).

Durch die veränderte Nutzung des öffentlichen Raums, gerade in den Frühlings- und Sommermonaten, kam es vermehrt zu Anzeigen der Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die Bürger und Bürgerinnen zeigten sich beunruhigt. So wurde eine Runde mit der Polizei, Verfassungsschutz und Landeskriminalamt einberufen, in der über die Sicherheitslage in Fürstenwalde aufgeklärt und Absprachen zum gemeinsamen Umgang getroffen wurden. Für die Gemeinschaftsunterkünfte wurde gemeinsam mit dem LOS ein Sanktionskatalog abgestimmt, wo geregelt ist, was mit Bewohnern passiert, die die Regeln verletzen (z. B. Hausordnung).

Hauptarbeitsschwerpunkt ist das Fürstenwalder Integrationsnetzwerk, in dem alle Anbieter zusammen kommen und die unterschiedlichen Arbeitsgruppen begleitet werden.

Innerhalb der Verwaltung hat Frau Hoffmann viele Schnittstellen, wie z. B. mit der Fachgruppe Öffentliche Ordnung und Gewerbe, in ihrer eigenen Fachgruppe, Familie, Soziales und Bildung sowie auch mit dem Fachbereich Stadtentwicklung, in Bezug auf die Umsetzung von Projekten „Soziale Stadt“.

Ziele des Integrationsmanagement sind: gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben fördern, kulturelle Vielfalt nutzbar für alle Fürstenwalder machen, politische und soziale Gleichstellung von Menschen unterschiedlichster Herkunft stärken und fördern, sowie die wirtschaftliche Absicherung der Zuwanderer.

Zu den Handlungsfeldern gehört: interkulturelle Begegnung schaffen, Begleitung des Integrations-

beirates und andere Interessenvertreter für Migranten und Migrantinnen, gute abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit, Projektarbeit stärken und fördern und Unterstützung und Koordinierung des Ehrenamts.

Fragen an Frau Hoffmann:

Herr Wende

Ausländerbehörde

ein Standortwechsel von Beeskow nach Fürstenwalde ist nicht im Gespräch.

Herr Peter-Frank Apitz

Konfliktsituationen

religiöse Konflikte innerhalb der islamischen Gruppen sind den Sicherheitsbehörden nicht bekannt. Die Domgemeinde bietet Gespräche zu den verschiedenen Glaubensrichtungen an und wird z. B. von vielen Willkommensklassen und Ehrenamtlern aufgesucht. Ergänzend fügt **Herr Politz** an, dass die meisten Probleme in den Gemeinschaftsunterkünften auftreten, da es dort mehr Berührungspunkte gibt, wie im eigenen Wohnraum.

Herr Wende ist der Meinung, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften zu wenig Freizeitangebote für die Bewohner gibt. Gerade für die kommende Wintersaison wäre dies besonders wichtig und wir sollten das als Kommune unterstützen.

Herr Almes

Inklusion an den Schulen

ist nicht das Aufgabenfeld der Integrationsmanagerin, so **Herr Politz**.

Herr Sarrach

Sozialgerichtsbarkeit

wegen Inanspruchnahme von Sozialleistungen ist man von einem deutlichen Anstieg der Rechtsstreitigkeiten ausgegangen, dass sich bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht so entwickelt hat.

Durch die Betreuer, Träger und Ehrenamtler weiß **Frau Hoffmann**, dass diese Form der Verfahren noch eine untergeordnete Rolle spielen, eher stehen die Klärungen des Aufenthaltsstatus im Vordergrund.

Frau Wagner

Ehrenamt

flaut derzeit in der Flüchtlingsarbeit ab. Sollte aber durchaus weiter unterstützt werden, worauf **Frau Hoffmann** informiert, dass der LOS gerade die Richtlinie zur Aufwandsentschädigung überarbeitet.

TOP 7.4 Errichtung von Eltern - Kind - Zentren

6/DS/376

Die **Vorsitzende** begrüßt die Sachgebietsleiterin des Jugendamtes des LOS, **Frau Christiani**, die für Fragen zu den nächsten 2 TOP anwesend ist.

Grundlage für den Beratungsgegenstand ist die Richtlinie des LOS zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren (EKZ), die der Kreistag in seiner Sitzung am 05.10.2016 beschlossen hat. Danach ist es möglich, EKZ zu errichten, die bedarfsgerechte und geeignete kinderfördernde und familienunterstützende Maßnahmen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren und ihre Familien, sowie werdende Eltern anbieten. In Fürstenwalde sind Bedarfe in den demografischen Ballungsräumen Fürstenwalde Nord, Reifenwerk-Siedlung und im Paul-Frost-Ring erkennbar. Grundsätzlich Priorität, hat der Sozialraum Nord.

Gemäß Richtlinie soll in jedem Amt und jeder kreisangehörigen Stadt in Abhängigkeit der dort lebenden Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren, ein EKZ förderungsfähig sein. Bei über 1.000 Kindern in der vorgenannten Altersgruppe, sind maximal zwei EKZ förderungsfähig. Fürstenwalde/Spree erfüllt

diese Voraussetzungen und könnte somit 2017 beginnen, zwei EKZ zu errichten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Stadt sich mit 50 % an den förderfähigen Kosten beteiligt. Antrags- und förderberechtigt können Kommunen als auch freie Träger der Jugendhilfe sein. Die Stadt beabsichtigt nicht, selbst einen entsprechenden Antrag zu stellen. Für die Haushaltsplanungen 2017 ergibt sich für das Projekt ein Zuschussbedarf in Höhe von ca. 25.500 € für Personalkosten und ca. 5.100 € für Sachkosten, die eingestellt werden müssen. Die Verwaltung bittet den politischen Raum für das vorgegebene Verfahren um eine grundsätzliche Handlungsermächtigung und Zustimmung zur Mitfinanzierung des EKZ, so **Frau Meister**.

Aus der Sachverhaltsdarstellung geht hervor „Im Sozialraum ergeben sich Synergieeffekte, Doppelangebote und Parallelstrukturen sollen vermieden werden...“ **Herr Sarrach** fragt nach, wie sich die Struktur der Angebote in Fürstenwalde darstellt, worauf **Herr Politz** erklärt, dass sich die Verwaltung stets im regen Austausch mit den Trägern und dem LOS befindet, um Kenntnis über die Bedarfslagen und Erfordernisse zu erlangen.

Herr Wende schlägt vor, aus kommunaler Sicht über die Notwendigkeit, in welchen Sozialraum ein EKZ errichtet wird, eine Grundsatzentscheidung vom Fachausschuss einzuholen. Daraufhin verweist **Herr Politz**, dass dies vom materiellen Rahmen abhängig ist und im Einvernehmen mit dem Antragsteller/ Träger. Letztendlich entscheidet jedoch das Jugendamt des LOS im Sinne seiner planerischen Interessen und im Einklang mit der Kommune über die Projektförderung. Wenn konkrete Antragsteller bekannt und ihre Konzepte vorliegen, besteht die Möglichkeit, diese dem Fachausschuss vorzustellen und ebenfalls eine Empfehlung des Fachausschusses einzuholen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Förderung von Eltern-Kind-Zentren nach der Richtlinie zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren gemäß § 22 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree ab dem Jahr 2017 für 1 Zentrum und ab dem Jahr 2018 für 2 Zentren in Fürstenwalde zu.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Modellprojekt Sozialarbeit an Grundschulen

6/DS/377

Der Landkreis hat festgestellt, dass Angebote für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren verbesserungsbedürftig sind, so **Frau Meister**. In der Kreistagssitzung am 05.10.2016 wurde ein Modellprojekt beschlossen, das nach Evaluation in festen Strukturen überführt werden soll. Es soll eine systemübergreifende Unterstützungsleistung im Lebensraum von Kindern im Grundschulalter und deren Familie in besonderen Lebenssituationen ausgebaut werden (siehe BD, Anlage 1, Pkt. 3). Dazu ist in bis zu 4 Modellregionen eine eineinhalbjährige Modellphase geplant, die kontinuierlich und fachlich vom Jugendamt begleitet wird. Bei erfolgreichem Verlauf, ist eine Überleitung der Projekte in Regelangeboten geplant. Das Modellprojekt wird mit 60 % Personalkosten durch den LOS gefördert, d. h. für die Stadt, sich mit 40 % an den Personalkosten zu beteiligen. Daraus ergibt sich für Fürstenwalde ein Zuschussbedarf für Personalkosten in Höhe von ca. 16.340 € und für Sachkosten ca. 3.270 €.

Die Verwaltung begrüßt das Vorhaben und bittet um das Votum der Stadtverordneten, für eine grundsätzliche Handlungsermächtigung und für die Co-Finanzierung.

Die **Vorsitzende** bittet um Rederecht für **Frau Christiani**.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung Befangen 0

Dieses Angebot des LOS ist die Antwort auf die fachpolitische Debatte „Sozialarbeit an Grundschulen“ (u. a. Brief der Stv). In der Vergangenheit haben auch andere Kommunen, Schulträger aber auch

direkt die Leiter/Innen aus den Grundschulen und Horten dem LOS signalisiert, dass dringender Unterstützungsbedarf in den Einrichtungen besteht. Folglich hat der Kreistag das Jugendamt beauftragt, die Entwicklungsbedürfnisse der Kinder im Grundschulalter zu analysieren. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Experten wurde die Bedarfslage ausgewertet und festgestellt, dass die Kinder die Symptomträger ihrer Familien sind und die Lösung nicht Sozialarbeit an Schulen oder Personalaufstockungen in den Horten, sondern ein Unterstützungsangebot, dass auf das Gesamtsystem Eltern – Schule – Hort ausgerichtet ist.

In Regionen mit bis zu 500 Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren ist eine Personalstelle mit 32 Wochenstunden vorgesehen. Nach erfolgreichem Ablauf der eineinhalbjährigen Modellphase ist es Ziel, einen entsprechenden Kreistagsbeschluss für Regelangebote ab 2018 im LOS herbeizuführen.

Herr Teichmann äußert sich sehr erfreut über den Kreistagsbeschluss, da solch ein Angebot schon immer originärer Wunsch des Fachausschusses war.

Dieses Unterstützungsangebot, ist „die Öffnung von Schulen in den Sozialraum hinein“, so **Herr Wendt**. Dem stimmt **Herr Politz** zu und ergänzt, dass das Angebot nicht schulischen Zwängen unterlegen ist und sich mit anderen sozialräumlichen Strukturen, die auch mit Unterstützungsangeboten ergänzen können und müssen, verbunden werden kann und somit die Position von Eltern und Kindern stärkt.

Herr Wendt ist der Meinung, dass auf Grund der realen Situation in Fürstenwalde Nord, dort auch das Modellprojekt beginnen und der Fachausschuss darüber befinden sollte.

Ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist möglich, doch sollte bedacht werden, dass die Träger der Jugendhilfe die Freiheit haben ihre Anträge zu stellen und Konzepte zu entwickeln, so **Herr Politz**. Sollten die Stadtverordneten eine Entscheidung darüber fällen und der LOS im Einvernehmen mit der Kommune dieser zustimmen, sollte dieses Kriterium den potentiellen Antragstellern zur Kenntnis gegeben werden.

Frau Meister ergänzt, dass die Verwaltung ebenfalls nachgedacht hat, einen Stadtteil für die Umsetzung des Modellprojektes festzulegen, jedoch zu dem Entschluss gekommen ist, zunächst die Konzepte abzuwarten und zu schauen, wie die Träger ihr Konzept umsetzen wollen, um dann zu entscheiden, ob der Bereich dafür ausgerichtet ist.

Herr Sarrach heißt den vorherigen Beratungsgegenstand (EKZ) und auch den hier zur Diskussion stehenden Sachverhalt grundsätzlich für gut, ist jedoch der Meinung, dass man die Projekte in verschiedene Stadtteile ansiedeln sollte. Aus sozialpolitischer Sicht ist nach Kenntnisnahme der Konzepte eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Teilnahme am und der Co-Finanzierung des Modellprojektes Angebote für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree zu.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Preisanpassung für das Freizeitbad schwapp ab dem 01.01.2017

6/DS/382

Der Bericht über die Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunaler Eigenbetrieb zum Wirtschaftsjahr 2015 stellt u. a. die wirtschaftliche Entwicklung des Schwimm- und Wasserparadieses dar. Daraus ist erkennbar, dass trotz leicht steigender Besucherzahlen in den vergangenen drei Jahren, die erzielten Erträge (Eintrittsgelder) nicht ausreichen, um die laufenden Aufwendungen (Betriebskosten) zu decken. Die Planungen für die Wirtschaftsjahre 2016 bis 2018 weisen Defizite aus. Ein Ausgleich der Defizite durch erhöhtes Besucheraufkommen ist aufgrund des gestiegenen Wettbewerbs (Berlin-Bäderbetriebe) und der Kapazitätsgrenzen im Bad selbst in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Energie- und Personalkosten (Anpassung Mindestlöhne) ansteigen werden.

Diesen Tatsachen geschuldet, schlägt die Betriebsleitung eine Anpassung der Eintrittsgelder vor. Um den Bildungsauftrag für Fürstenwalde und näherer Umgebung Rechnung zu tragen, werden die Eintrittspreise für das Sportbad beibehalten und für das Wochenende Vergünstigungen angeboten. Eine moderate Preisanpassung für den Spaß- und Saunabereich, soll nach Hochrechnungen eine Umsatzsteigerung von ca. 200 T€ netto pro Jahr bewirken.

Die Preisgestaltung ist eine politische Preisgestaltung und orientiert sich an dem, was am Markt machbar ist, so **Herr Hengst**.

Frau Wagner kann die Gründe für eine Preisanpassung im Schwapp durchaus nachvollziehen, hingegen der **Stadtverordnete Wende** keine Notwendigkeit erkennen kann. Er ist der Meinung, dass ein Schwimmbad in dieser Größe nicht kostendeckend zu führen ist und immer ein Kostenzuschuss bedarf. Er zweifelt die Sinnhaftigkeit der Preisanpassung aus sozialpolitischer Sicht an und schlägt vor, die Familienkarte außen vor zu lassen und die Wasserflächen zu ändern, worauf **Herr Hengst** nochmals auf die Energie- und Personalkosten sowie auf die Gegebenheiten im Schwapp selbst eingeht und denkt, dass die Besucher/Innen mit der Preisanpassung nicht überfordert sein werden.

Frau Krüger fragt nach, wie es möglich sei, dass das Spaß- und Freizeitbad trotz seiner finanziellen Situation, Sponsor für den FSV-Union ist. Daraufhin antwortet **Frau Müller**, dass es sich um Bandenwerbung, Marketing an den Sportstätten, handelt. Im Gegenzug wirbt der FSV-Union mit dem Schwappaluga fürs Schwapp.

Abschließend spricht sich **Herr Teichmann** auch im Namen seiner Fraktion für die Preisanpassung aus und meint „lieber jetzt eine moderate Anpassung, als in Jahren eine massive Erhöhung. Die Personalkosten (Mindestlöhne) sind schon seit Jahren ein Thema, weiß der Stadtvorsteher zu berichten und was nützt ein schönes Bad, wenn kein Personal vorhanden ist“.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Anpassung der Tarife der Fürstenwalder Sport- und Freizeitanlagen – Kommunaler Eigenbetrieb im Betriebsteil Schwapp gemäß der als Anlage 1 beigefügten Aufstellung ab dem 01.01.2017.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.7 Entwurf Sitzungsplan 2017

Es gibt keine Änderungswünsche seitens der Stadtverordneten.

Zustimmung Ja 10 Enthaltung 1

TOP 8 Anträge die die Stadtverordnetenversammlung empfohlen hat

keine

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Frau Meister

Preis für „Soziales Engagement“

Vorschläge können noch bis zum 31.10.2016 eingereicht werden.

Richtlinie zur Erhebung von Entgelten für die Benutzung des Festplatzes der Stadt Fürstenwalde/Spree

die Beratungsdrucksache wird auf die TO der nächsten Sitzung verlegt.

Rechnungsprüfungen

Frau Scharf hat im Haushaltsüberwachungsausschuss am 14.09.2016, über ihre Prüfungen in der Jugendförderung, Wohlfahrtspflege und Sportförderung berichtet, im Ergebnis empfiehlt sie, eine Jugendförderrichtlinie zu erlassen. Der Auftrag ist bereits intern ausgelöst und in Bearbeitung. Der Entwurf wird dann dem Fachausschuss vorgestellt.

In der Sportförderung wird eine neue Kalkulation erforderlich. Hier sind die Vereine, sofern die Betreuung über sie geht, aufgefordert, zuzuarbeiten.

Der Haushaltsüberwachungsausschuss empfiehlt der Verwaltung eine Rahmenrichtlinie zu erlassen. Der Fachbereich Bürgerdienste ist der Meinung, dass zunächst der konkrete Bedarf an einer Jugendförderrichtlinie besteht.

Herr Politz

AG Ausschreibung Essensversorgung

die für heute anberaumte Sitzung musste aus krankheitsbedingten Gründen ausfallen. In der 1. Sitzung, der Gründungssitzung, waren nicht alle Fraktionen vertreten. Von der Fraktion DIE LINKE wird Frau Bargenda (neue sachkundige Einwohnerin) zukünftig in der AG mitwirken, so **Herr Wende**.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Wagner

Hauptfriedhof

wie vor einiger Zeit verabredet, sollte ein Zugang von der Rückseite des Geländes geschaffen werden, ist aber nicht erfolgt. **Herr Hengst** erklärt, dass dies aus Sicherheitsgründen verworfen wurde. Es gibt jedoch eine Übergangslösung, durch einen barrierefreien Zugang rechts von der Feierhalle. Das Friedhofskonzept ist weiterhin in Bearbeitung.

Die Kolumbarien werden gut angenommen. Die Verwaltung veranlasst die Aufstellung weiterer.

Herr Apitz

Wegebeziehung zur Parkbühne

derzeit sind die Wege mit Schotter aufgefüllt und nicht berollbar. Herr Apitz bittet barrierefreie Zugänge zu schaffen. Es soll einen alten Wirtschaftsweg von der Rückseite des Parks geben. **Herr Hengst** nimmt den Hinweis auf und wird den Fachbereich Stadtentwicklung informieren.

Frau Wagner

Redebeitrag Herr Liebsch

hinterfragt, wie jetzt damit umgegangen wird. **Herr Hengst** ist der Meinung, dass neben dem politischen Raum, sich auch die Verwaltung mit dieser Thematik auseinandersetzen wird.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die **Vorsitzende** beendet um 20:28 Uhr den öffentlichen Teil der 19. Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Es wird eine kurze Pause anberaumt.

Die Niederschrift umfasst 8 Seiten. Es sind 3 Anlagen und 8 Audits im System eingestellt.

Karin Lehmann

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin